

Resolution

der Vollversammlung der AGABY

Flüchtlingspolitik: Verantwortung und Solidarität gegenüber der Herausforderung zeigen anstatt Maßnahmen repressiver Flüchtlingsabwehr und Asylpaket II

Die Ausländer, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern die Bayerische Staatsregierung auf, das hohe Engagement und die Solidarität der haupt- und ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen und Institutionen durch eine humane Flüchtlingspolitik zu begleiten, anstatt das Asylrecht zu verschärfen oder die s. g. Obergrenze durchzusetzen. Die Industriestaaten sind mitschuldig an den weltweiten Fluchtbewegungen.

Mit oder ohne Verschärfung des Asylrechts oder der s. g. Obergrenze stellt die Situation der geflüchteten Menschen nach wie vor eine große Herausforderung für viele Länder sowie auch die Bundesrepublik Deutschland dar. Zum Glück erleben wir eine sehr große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Zugleich beobachten wir eine massive Zunahme von Vorurteilen und Gewalttaten gegenüber den Geflüchteten. Teile der Politik bestätigen allerdings die Rechtsradikalen und die verunsicherten Teile der Bevölkerung, indem sie mit einer repressiven Asyl- und Migrationspolitik die unbegründeten Ängste stärken und rassistische Positionen salonfähig machen. Jede geforderte Obergrenze bedeutet, einem Teil der Geflüchteten den Schutz zu verwehren. Für eine humanitäre Pflicht darf es keine Obergrenze geben, das wäre verfassungswidrig!

Im neu verabschiedeten Asylpaket II ist u.a. Folgendes festgelegt:

- Aussetzung des Familiennachzugs

Es widerspricht den Werten der Verfassung und unserer Gesellschaft, Menschen das Recht abzusprechen, mit ihren Familien leben zu wollen. Die Aussetzung der Familienzusammenführung beispielsweise für geflüchtete Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Familien hier sind, ist nicht zu akzeptieren. Eine Härtefallregelung wird nicht ausreichen, weil fast immer ein Härtefall vorliegt.

Es ist unmenschlich, dass aufgrund dieser Regelung Familien nicht zueinander ziehen können und zwar auch dann nicht, wenn der Lebensunterhalt gesichert ist.

Diese repressiven Flüchtlingsabwehr-Maßnahmen sind tödlich, da den Geflüchteten nur der Weg mit Schleppern und den maroden Booten im Meer übrigbleibt.

- Sichere Herkunftsländer

Bereits beim Asylpaket I sind einige Balkanländer trotz vorhandener und nachgewiesener Menschenrechtsverletzungen zu sicheren Herkunftsländer erklärt worden. Nun sind im Asylpaket II weitere Länder, in denen massive Verfolgung und staatliche Repression auf der Tagesordnung sind, über Nacht zu sicheren Herkunftsländern gezaubert worden. Damit wird den Geflüchteten aus diesen Ländern die Chance auf individuelle Prüfung ihrer Fluchtgründe verwehrt. Es ist absurd,

dass selbst Afghanistan und Irak als sichere Herkunftsländer in der Diskussion sind.

- Mehr Abschiebungen

Die Beschleunigung der Asylanträge dient der schnelleren Abschiebung, anstatt das Problem der langen Wartezeit bzw. des Staus im Asylverfahren zu lösen.

- Abschiebungshindernisse sind dem internationalem Recht entsprechend zu respektieren
Sogar die Abschiebung kranker Menschen mit schwerer Traumatisierung, die humanitären Schutz genießen, wird in Kauf genommen und die Atteste von Hausärzten, Psychologinnen und Therapeuten sollen zukünftig kein Abschiebehindernis mehr darstellen.

- Verschärfung des Ausweisungsrechts

Kriminalität und Gewalttätigkeit gibt es in allen Gesellschaftsschichten und bei geflüchteten Menschen nicht häufiger als in der Aufnahmegesellschaft. Bestehende Präventionsmaßnahmen und der Schutz vor Gewalt sollten verbessert werden und zwar für alle, die hier leben.

- Verletzung des Kinderrechts auf Bildung

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Kinderrechtskonvention unterzeichnet, die u.a. das Recht auf Bildung für alle Kinder beinhaltet und zwar unabhängig von Herkunft und Status. Die Regelungen im Asylpaket II führen jedoch dazu, dass Kinder aus der Schule herausgenommen werden, weil eine Abschiebung ihre Eltern bevorsteht. Die Verletzung der Kinderrechte ist besonders in den „Balkan-Zentren“ in Bayern sehr deutlich. Dieser Missstand besteht weiter, auch wenn im „Aufnahme- und Rückführungszentrum für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive (ARE)“ in Bamberg mittlerweile Schulunterricht angeboten wird.

Wir, die Ausländer- Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern:

- Die Herausforderung Flüchtlingsaufnahme und -integration solidarisch annehmen und verantwortlich handeln;
- Das Recht auf unmittelbare Familienzusammenführung;
- Keine Einstufung von Staaten als „sichere Herkunftsländer“ mit dem Ziel der Flüchtlingsabwehr;
- Faire rechtsstaatliche Ahndung von Straftaten statt Kriminalisierung von geflüchteten Menschen und gleichzeitig Präventions- und Schutzmaßnahmen vor Gewalt für ALLE;
- Abschiebung als Menschenrechtsverletzung wahrnehmen;
- Sofortiger Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan;
- Keine Relativierung des humanitären Schutzes;
- Recht auf Bildung für die Kinder, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus;
- Begleitete minderjährige Flüchtlinge, von denen viele traumatisiert sind, sollten gleichwertige Hilfe und Betreuung erhalten wie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Würzburg, 17. April 2016